

Warum eine gezielte Entlastung Bedürftiger kompliziert ist

Die bislang als Reaktion auf die hohe Inflation beschlossenen Hilfen erreichen nicht alle. Gleichzeitig profitieren auch einkommensstarke Haushalte. Experten erklären die Hintergründe.

Von Barbara Schäder

Angesichts der hohen Inflation wird über weitere Hilfen für Verbraucher diskutiert. Die Bundesregierung müsse beim nächsten Entlastungspaket „endlich“ eine soziale Komponente in Gestalt einer Einkommensschwelle einbauen, forderte am Freitag der thüringische Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke) in einem MDR-Interview. Warum das in der Praxis gar nicht so einfach ist.

— Worauf bezieht sich die Kritik?

Sie entzündet sich vor allem daran, dass der Tankrabbat und die Mehrwertsteuersenkung auf Erdgas ausgerechnet diejenigen Verbraucher begünstigen, die besonders viel Sprit und Gas verbrauchen. Das sind in erster Linie Menschen mit großen Autos und Wohnungen, also nicht die sozial Bedürftigen.

Überdies erhalten im September alle Erwerbstätigen eine Energiekostenpauschale von 300 Euro. Sie unterliegt zwar der Einkommensteuer, doch auch Spitzenverdienern bleibt netto über die Hälfte – obwohl sie das Geld nicht unbedingt brauchen. Ein weiterer Kritikpunkt: Rentnerinnen und Rentner bekommen die Pauschale nur, wenn sie arbeiten. Ruheständler haben bislang keine direkten Zahlungen erhalten, es sei denn, sie haben Anspruch auf Grundsicherung oder Wohngeld. Denn für Transferleistungsbeziehungen gab es im Juli einmalige Zuschüsse.



Silke Übelmesser

— Warum gibt es für die Pauschale keine Einkommensgrenze?

„Bei einer harten Einkommensgrenze besteht natürlich immer das Problem, dass diejenigen, die nur wenige Cent darüber liegen, sich ungerecht behandelt fühlen“, sagt dazu Professor Alexander Kritikos vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW). „Vorstellbar wäre folgendes Modell: Für Personen mit einem Jahresbruttoeinkommen von bis zu 40000 Euro gibt es die volle Energiekostenpauschale, darüber wird sie nach und nach abgeschmolzen.“

Aber auch hier gebe es Schwierigkeiten: „Entscheidend für die Bedürftigkeit sind letztlich die Haushaltseinkommen. Dazu fehlt es aber an einer hinreichenden Datengrundlage. Wenn Eheleute nicht gemeinsam veranlagt werden, weiß der Staat nicht, ob ein Geringverdiener mit einer reichen Unternehmerin zusammenlebt.“ Gerade Selbstständige verzichteten häufig auf eine gemeinsame steuerliche Veranlagung, um zu verhindern, dass im Falle einer Insolvenz auch auf Vermögen des Partners oder der Partnerin zugegriffen werde.

— Warum zahlt der Staat nicht allen Geld und prüft nachträglich die Bedürftigkeit anhand der Steuererklärung?

„Der Staat kann nicht einfach jedem Bürger Geld überweisen, weil er gar nicht über die Kontonummern verfügt“, sagt Silke Übelmesser, Professorin für Finanzwissenschaft an der Universität Jena. Die Energiekostenpauschale wird deshalb bei abhängig Beschäftigten über die Arbeitgeber und bei Selbstständigen über die Finanzämter ausbezahlt. Immerhin sieht der Entwurf des Jahressteuergesetzes nun vor, dass zusätzlich zu



Die gestiegenen Preise machen Verbrauchern zu schaffen. Die Politik bemüht sich um Entlastung. Fotos: imago/M. Wagner, ZEW, Uni Jena

der bereits an jeden Bürger vergebenen Steuer-Identifikationsnummer künftig auch eine Kontonummer gespeichert werden soll. „Das wäre schon einmal ein wichtiger Fortschritt“, sagt Übelmesser.

Solange es das Kontonummern-Register noch nicht gibt, könnte der Staat allenfalls beschließen, die Hilfen überhaupt erst nach Eingang der Steuererklärung ausbezahlen beziehungsweise von der Steuer abzuziehen. „Das gäbe aber eine enorme zeitliche Verzögerung – und es könnten nur die profitieren, die eine Steuererklärung einreichen“, sagt Übelmesser.

— Wie wäre es mit einer Antragslösung?

„Eigentlich müsste es möglich sein, dass der Staat festlegt, Unterstützung nur bis zu einem bestimmten Nettoeinkommen pro Kopf zu leisten“, meint Katja Rietzler, Referentin für Steuer- und Finanzpolitik beim Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung. „Haushalte, die darunter liegen, könnten dann unter Angabe der Steuer-Identifikationsnummern aller Haushaltsmitglieder einen Antrag auf Zuschüsse stellen.“ Eine Nachprüfung wäre später auf Basis der Steuererklärung möglich. Aber: „Die Berichte über Probleme mit den elektronischen Grundsteuererklärungen lassen vermuten, dass die Finanzverwaltung Schwierigkeiten haben dürfte, massenhafte Anträge auf ein Energiegeld kurzfristig zu bearbeiten.“

— Wäre eine Steuerreform eine Möglichkeit?

Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) plant ein Inflationsausgleichsgesetz. Es soll verhindern, dass Lohnerhöhungen von der Steuer aufgeessen werden. Bürger, deren Einkommen gleich bleibt, bliebe nach Inkrafttreten der Reform im kommenden Jahr mehr Netto vom Brutto. Auch hier gilt aber, dass Menschen mit höheren Einkommen besonders profitieren, wie Berechnungen des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung zeigen.



Holger Stichnoth

Für die Topverdiener, die die sogenannte Reichensteuer zahlen müssen, soll die kalte Progression allerdings nicht vollständig korrigiert werden. Dies deutet darauf hin, „dass man am Ende einen Kompromiss finden könnte, den Verlauf der Steuersätze stärker sozialpolitisch auszugestalten“, meint Professor Holger Stichnoth, Leiter der ZEW-Forschungsgruppe Ungleichheit und Verteilungspolitik.

Theoretisch wäre denkbar, die Einkommensteuer so zu reformieren, dass Geringverdiener noch stärker entlastet werden – was allerdings ein Loch in die Staatskasse reißen würde. Zur Gegenfinanzierung wären dann Steuererhöhungen für andere Einkommensgruppen notwendig. „Darüber kann man diskutieren, darf aber nicht außer Acht lassen, dass die oberen Einkommensklassen schon jetzt einen erheblichen Teil der Steuerlast tragen“, sagt die Jenaer Professorin Übelmesser. Die aktuellen Probleme durch die hohen Teuerungsraten durch eine umfassende Steuerreform zu lösen, hält sie für unrealistisch: „Eine Steuerdiskussion würde jetzt alle überfordern.“